

ANTRAG 12:

**LIEBER GEMEINSAM STATT
EINSAM - DIE BEKÄMPFUNG DER
EINSAMKEIT IST EINE
GESAMTGESELLSCHAFTLICHE
AUFGABE!**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
FREITAG, 13.04.2018**

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) in Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.

**FRAKTION
BERLIN**

Es klingt paradox, aber in der Großstadt ist man schnell allein – hier kann man unter vielen Menschen und dennoch einsam sein.

Der Weg in die Einsamkeit oder soziale Isolation ist schnell gegangen: der Partner stirbt oder eine Partnerschaft wurde beendet, aufgrund von Krankheit oder Behinderung kann man nicht an der Gemeinschaft teilnehmen oder man rutscht ab in eine Suchterkrankung, die dann häufig in die Einsamkeit führt. Manchmal ist es auch nur der (unfreiwillige) Wechsel des Wohnortes, der einen alleine werden lässt. Man verlässt das gewohnte Umfeld, verliert dadurch bisherige Freunde und Bekannte aus dem Blick und findet nicht sofort neuen Anschluss.

Zuweilen können sogar Menschen, die nicht alleine sind, einsam sein: Alleinerziehende Eltern oder pflegende Angehörige kranker Menschen verlieren nicht selten den Anschluss an die Gemeinschaft.

Einsamkeit macht krank und wird sogar zu einem wirtschaftlichen Problem – für den einzelnen Betroffenen und die Gesellschaft. Einsamkeit zieht entsprechend oft gesundheitliche Risiken oder Schäden nach sich. Die betroffenen Personen sind anfälliger für Depressionen, Suizidgedanken und Angststörungen. Der psychische Stress von Einsamkeit kann außerdem zu erhöhtem Blutdruck und in der Folge Herzerkrankungen führen.

Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest-Dimap sehen zwei Drittel der Deutschen in der Einsamkeit ein großes (51 Prozent) oder sogar sehr großes Problem (17 Prozent) in unserem Land. Dagegen sehen fast 30 % der Deutschen nur ein geringes (23 Prozent) oder gar kein (6 Prozent) Problem der Vereinsamung. Frauen diagnostizieren dies häufiger als Männer (76:61 Prozent), ebenso Ostdeutsche eher als Westdeutsche (76:67 Prozent).¹

Was kann dagegen getan werden? Ob die Menschen Familien gründen, belastbare Freundschaften schließen, eine gute Nachbarschaft pflegen oder sich in Vereinen organisieren, ist eine sehr persönliche Entscheidung und geht niemanden etwas an. Und

¹ Umfrage im Auftrag des ARD-Morgenmagazins durch Infratest-Dimap von 20. -21. März 2018

natürlich kann Politik auch nicht beschließen, dass niemand mehr einsam ist oder sich sozial isoliert fühlt.

Aber selbstverständlich kann und muss Politik Rahmenbedingungen setzen. So wie er diese für Wirtschaft oder Verkehr vorgibt, kann er selbige auch für ein besseres gesellschaftliches Miteinander setzen. In Großbritannien kümmert sich seit kurzem ein eigenes Ministerium um die Bekämpfung der Einsamkeit.

Berlin ist auch eine Stadt in der Gemeinschaft gelebt wird: 640.000 Berlinerinnen und Berliner sind in Sportvereinen aktiv, 800.000 engagieren sich ehrenamtlich, über 950.000 sind Mitglied in einer der beiden großen christlichen Kirchen. Fast 70% der Berlinerinnen und Berliner leben in einem Haushalt mit zwei oder mehr Personen. Dagegen leben knapp 30% in Einzelhaushalten. Bei den Senioren steigt diese Zahl mit höherem Lebensalter noch überproportional an.

Welche Wege kann das Land Berlin gehen, um mit seinen Mitteln der Einsamkeit in der Stadt wirkungsvoll zu begegnen?

Der Senat kann Finanzmittel zur Verfügung stellen und Strukturen schaffen oder stärken; Vernetzung zwischen den beteiligten Akteuren herstellen und Begegnungsräume zur Verfügung stellen.

Ziel der möglichen Initiativen ist die Bündelung bestehender Angebote und evtl. deren Neuausrichtung mit einem Fokus der „Vereinzelnung im urbanen Raum“ entgegenzutreten. Es geht auch darum, bestehende Angebote unter dem Stichwort Einsamkeit zusammenzufassen und neu zu denken. Das Thema Einsamkeit braucht Aufmerksamkeit und muss stärker in den öffentlichen Diskurs gebracht werden.

Der Senat wird aufgefordert einen Runden Tisch „Einsamkeit in der Großstadt“ durchzuführen. Ziel des Runden Tisches soll die Einrichtung eines „Bündnisses gegen Einsamkeit“ sein.

An dem Runden Tisch sollen neben Vertretern des Landes und der Bezirke auch die Kirchen (inkl. Diakonie und Caritas), Sozialverbände, Sozialkommissionen der Bezirke, Seniorenvertretungen, Krankenkassen, Sportverbände, Wohnungsbaugesellschaften, Kiezinitiativen, Patientenbeauftragte, Ämter für Soziales, Jobcenter,

Landesfreiwilligenagentur Berlin, Berliner Tafel e.V., Berliner Stadtmission und die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung etc. teilnehmen.

Der Runde Tisch soll primär stadtweit Aufmerksamkeit für das Thema generieren, das Bewusstsein der Menschen füreinander schärfen und die Solidarität der Bürger untereinander fördern, ebenso über die Schaffung von notwendigen Strukturen gesprochen werden.

Der Runde Tisch soll aber auch die eigenen, schon bestehenden Angebote dahingehend evaluieren, inwieweit sie vereinsamte Menschen ansprechen und ihnen konkrete Hilfestellung leistet. Im Anschluss sollen neue gemeinsame Strategien erarbeitet und konkrete Handlungsfelder benannt werden.

Es geht insbesondere um die Vernetzung und den Austausch der schon tätigen Akteure. Vieles ist schon gedacht und ausprobiert worden. Diese Erfahrungen können geteilt werden. Die meisten Akteure sind sehr erfolgreich mit ihrem Engagement, doch häufig könnten Kooperation und Abstimmung der Angebote die Ergebnisse noch besser machen.

Vielfach sind es schon die kleinen Dinge vor Ort, die helfen: Vielleicht hat der Seniorenkreis einer Kirchgemeinde an einem Gymnastikangebot des regionalen Sportvereins Interesse. Oder die Wohnungsbaugesellschaft hat geeignete Räumlichkeiten, die sie für eine Sozialberatung oder einen regelmäßigen Nachbarschaftstreff zur Verfügung stellen kann. Dies muss vor Ort in Eigenregie erfolgen, Politik kann das nicht im Einzelfall organisieren - Politik kann aber dabei unterstützen.

Der Runde Tisch soll ein neuer Impuls für bekannte und zunehmende Probleme sein. Das angestrebte „Bündnis gegen Einsamkeit“ soll dauerhaft das Bewusstsein für diese drängende gesellschaftliche Herausforderung schärfen und die dafür notwendigen Strukturen schaffen.

Herausgeber: CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin
Tel.: (030) 23 25 - 21 15 | Fax: (030) 23 25 - 27 65